NIEDERSCHRIFT

über die

Sitzung des Stadtrates der Stadt Hecklingen am 16.03.2021

Tagungsort: OT Hecklingen Stadtsaal "Stern", Hermann-Danz-Str. 40
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ethel-Maria Muschalle-Höllbach

Mitglieder

Herr Uwe Epperlein
Herr Ralf Globke
Herr Hans-Peter Hacke
Frau Heidemarie Hoffmann
Herr Hubert Nettekoven
Herr Uwe Scheller
Frau Gabriele Schlichting
Herr Mario Schwarz
Herr Dr. Roger Stöcker
Herr Arthur Taentzler
Herr Manfred Teela
Herr Axel Thormann
Herr Ingo-Peter Walde
Herr Wolfgang Weißbart
Herr Martin Zimmermann

Protokollführer

Frau Dagmar Klug

von der Verwaltung

Herr Sascha Meinert
Herr Frank Schinke
Herr Florian Schulze

Gäste

Herr Andreas Beyer

Volksstimme

Frau Nora Stuhr

Abwesend:

Mitglieder

Frau Elke Atzler
Herr Uwe Kirchner
Herr Olaf Nürnberg
Herr Dr. Bernhard Pech
Herr Randolph Schwabe-Bolze

Tagesordnung:

TOP	Vorlage Nr.	Betreff
<u>öffentlicher Teil:</u>		
1.		Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
2.		Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3.		Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, öffentlicher Teil
4.		Abstimmung über die Niederschrift vom 04.02.2021, öffentlicher Teil
5.		Bekanntgabe der gefassten Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung vom 04.02.2021
6.		Einwohnerfragestunde
7.		Votum des Stadtrates für den Vertreter im WAZV "Bode-Wipper" zu Beschlüssen der Verbandsversammlung am 23.03.2021, öffentlicher Teil
8.		Informationen des Bürgermeisters/der Verwaltung mit Protokollkontrolle/Informationen der Ausschussvorsitzenden
9.		Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung
10.	180/21	Bauvorhaben Oststraße
11.	174/21	hier: Beschlussantrag der SPD-Fraktion Aufhebung des Beschlusses Nr. 045/14-SR- vom 04.11.2014 - Antrag der WGH vom 08.07.2014 zur Entscheidung des Stadtrates in Rechtsmittelangelegenheiten
12.	181/21	Entscheidung des Stadtrates zu Rechtsmittelangelegenheiten
13.		Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder
<u>nichtöffentlicher Teil:</u>		
14.		Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, nichtöffentlicher Teil
15.		Abstimmung über die Niederschrift vom 04.02.2021, nichtöffentlicher Teil
16.		Votum des Stadtrates für den Vertreter im WAZV "Bode-Wipper" zu Beschlüssen der Verbandsversammlung am 23.03.2021, nichtöffentlicher Teil
17.		Informationen des Bürgermeisters/der Verwaltung mit Protokollkontrolle/Informationen der Ausschussvorsitzenden
18.		Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder
19.		Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1.:	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
----------------	--

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Muschalle-Höllbach eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Einladung ist jedem Ratsmitglied form- und fristgerecht zugegangen.

TOP 2.: Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Von insgesamt 21 Ratsmitgliedern sind
TOP 01 – TOP 06 = 15 Ratsmitglieder
TOP 07 – TOP 19 = 16 Ratsmitglieder
anwesend.
Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 3.: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, öffentlicher Teil

Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Herr Dr. Stöcker reicht einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Beschlussantrag grundhafter Ausbau Oststraße Schneidlingen (zur Vorlage Nr. 180/21) ein und bittet, darum diesen zum entsprechenden Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Des Weiteren weist **Herr Epperlein** auf die Einhaltung der Hygieneauflagen hin, d. h. Tragen eines Mundschutzes während der gesamten Sitzung, stündliches Stoßlüften und Einhaltung der Abstandsregeln.

Es folgt die Feststellung der Tagesordnung, öffentlicher Teil.

TOP 4.: Abstimmung über die Niederschrift vom 04.02.2021, öffentlicher Teil

Der vorliegenden Niederschrift vom 04.02.2021, öffentlicher Teil, wird wie folgt zugestimmt.

Ja: 15 Nein: 0 Enth.: 0

TOP 5.: Bekanntgabe der gefassten Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung vom 04.02.2021

01. Vorlage Nr. 170/21 - **Vergabeangelegenheit** - **zugestimmt**
(Grundhafter Ausbau Ballplatz/
Karl-Marx-Platz 2. BA, 2. TA
Auftragsvergabe im Verfahren
He-2020-03-00-BV
(Vorbehaltsbeschluss))

02. Vorlage Nr. 175/21 - **Personalangelegenheit** - **zugestimmt**
(Dauerhafte Arbeitszeit auf von
40 Wochenstunden bezogen auf
die Krankheitsvertretung von
Herrn Wartmann als Stelleninhaber
(Bereich Bauhof))

- 03. Vorlage Nr. 176/21** - **Personalangelegenheit** - **zugestimmt**
(Verlängerung des befristeten
Arbeitsverhältnisses einer
befristet Beschäftigten für die Zeit
des krankheitsbedingten Ausfalls
der Beamtin als Stelleninhaberin
(Vollstreckung))
- 04. Vorlage Nr. 177/21** - **Personalangelegenheit** - **zugestimmt**
(Dauerhafte Übertragung einer
anders bewerteten Tätigkeit einer
Beschäftigten
(Umsetzung auf eine andere
Planstelle))

TOP 6.: Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

TOP 7.: Votum des Stadtrates für den Vertreter im WAZV "Bode-Wipper" zu Be-
schlüssen der Verbandsversammlung am 23.03.2021, öffentlicher Teil

Frau Muschalle-Höllbach beantragt Rederecht für Herrn Beyer.

Nach einstimmiger Bestätigung übergibt Frau Muschalle-Höllbach das Wort an Herrn Beyer.

Herr Beyer begrüßt alle Anwesenden und erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Themen und Beschlussvorlagen der Verbandsversammlung des WAZV „Bode-Wipper“ am 23.03.2021.

Zuvor weist er darauf hin, dass demnächst das Thema Refinanzierung des Trinkwasserkonzeptes diskutiert werden muss. Der Sachverhalt stand bereits im Oktober vorigen Jahres zur Diskussion, wurde aber aufgrund der Pandemielage verschoben. Zwischenzeitlich gibt es Trinkwasserverluste und daraus resultierend eine Senkung von rd. 623.000 m³ auf 255.000 m³. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Senkung von 16 %. Deshalb besteht zur weiteren Verfahrensweise dringender Diskussionsbedarf.

01. Beschluss 01/2021 zur Aufhebung des Beschlusses 40/2020 – Gesamtwirtschaftsplan 2021

Ja: 15 Nein: 0 Enth.: 0

*18.15 Uhr – Herr Taentzler nimmt an der Sitzung teil.
Damit sind 16 Ratsmitglieder anwesend.*

02. Beratung und Beschluss 06/2021 über den Gesamtwirtschaftsplan 2021

Ja: 16 Nein: 0 Enth.: 0

03. Beratung und Beschluss 07/2021 über die Kreditaufnahme im Wirtschaftsjahr 2021

Ja: 16 Nein: 0 Enth.: 0

04. Beratung und Beschluss 08/2021 über den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr 2021

Ja: 16 Nein: 0 Enth.: 0

05. Beratung und Beschluss 09/2021 über den Höchstbetrag der Kassenkredite im Wirtschaftsjahr 2021

Ja: 16 Nein: 0 Enth.: 0

06. Beratung und Beschluss 10/2021 über die Erhebung von Umlagen im Bereich Abwasser Gebührengbiet II

Ja: 16 Nein: 0 Enth.: 0

07. Beratung und Beschluss 11/2021 zum Abwasserbeseitigungskonzept Abwasser Gebiet II

Ja: 16 Nein: 0 Enth.: 0

Frau Muschalle-Höllbach bedankt sich bei Herrn Beyer für seine Ausführungen und wünscht ihm einen guten Nachhauseweg.

TOP 8.: Informationen des Bürgermeisters/der Verwaltung mit Protokollkontrolle/Informationen der Ausschussvorsitzenden

Herr Epperlein gibt folgende Informationen:

1. Digitalpakt Schulen

Für dieses Projekt gibt es eine Förderung von rd. 63.000 € je Schule mit einer Förderquote von 90 %. Damit bleibt ein Eigenanteil von 10 % = 6.300 €.

Dazu gab es einen Termin mit der KITU, dass diese Förderung auch komplett ausgeschöpft wird. Es geht primär um die Anschaffung von Tablets für die Schüler und um die technische Infrastruktur in den Schulen. Leitungen müssen nicht mehr verlegt werden, da diese Arbeiten im Zuge der Sanierungen erledigt wurden. Somit wird nur in Hardware/Technik investiert.

Eine Abstimmung erfolgte bereits aufgrund der Medienbildungskonzepte der Grundschulen zwischen Stadt, Schulleitern und der KITU. Die Antragstellung soll im April erfolgen. Dazu ist vorab eine kommunalrechtliche Stellungnahme erforderlich.

Sobald diese vorliegt, wird ein Beschluss zur Antragstellung und Finanzierung des 10 %igen Eigenanteils für den Haupt- und Finanzausschuss vorbereitet. Eine Antragstellung muss bis 30.06.2021 erfolgen.

2. Baumaßnahme Karl-Marx-Platz Groß Börnecke

Der Baubeginn für o. g. Maßnahme war am 15.03.2021, d. h. die Baufirma hat am Montag bereits mit dem Straßenaufbruch begonnen. Die Bürgerveranstaltung fand die Woche zuvor statt.

3. LEADER

Hier gab es einen erneuten Aufruf „LEADER 2021 B“. Da noch ca. 500.000 € der LAG Börde-Bode-Auen zur Verfügung stehen, wurden alle Mitglieder aufgerufen, zusätzliche Vorschläge einzureichen.

Durch die Stadt Hecklingen wurden fristgerecht zum 01.03.2021 zwei Streckbriefe eingereicht.

- Fuß- und Radwegebrücke über die Bodewiesen, Gänsefurth (275 T€) und
- Kriegerdenkmal Groß Börnecke (100 T€)

Es handelt sich um eine 90 %-Förderung. Sollte die LAG die Maßnahmen befürworten müssen durch den Stadtrat noch Beschlüsse zu den jeweils verbleibenden Eigenanteilen von 10 % gefasst werden.

Die Maßnahmen müssen bis Oktober 2022 abgerechnet sein.

4. Finanzen

Der Umzug von 3 Arbeitsplätzen in das Gebäude des Stadtbetriebes „St. Georg“ ist für den 01.04.2021 geplant. Die noch notwendigen Investitionen einer Serveranlage (ca. 8.000 bis 10.000 €) sind im Haushaltsplan enthalten. Ein erstes Angebot liegt jetzt über 5.500 € vor. Nach Vorliegen weiterer Angebote ist vorgesehen, mittels Umlaufbeschluss die Vergabe durch den Haupt- und Finanzausschuss zu beschließen, um unter den derzeitigen Bedingungen (Corona) nicht zu viele Sitzungen durchzuführen.

Zwecks Anschaffung eines Kassensautomates findet am 13.04.2021 ein Gespräch statt. Die Anschaffung ist für Anfang 2022 geplant; er soll nach Ausscheiden einer Mitarbeiterin eingesetzt werden.

TOP 9.: Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung

Zur Behandlung der Tagesordnungspunkte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung bittet Herr Epperlein um Teilnahme der Fachbereichsleiter Herr Meinert und Herr Schinke.

Dem wird wie folgt zugestimmt:

Ja: 16 Nein: 0 Enth.: 0

TOP 10.: Bauvorhaben Oststraße
hier: Beschlussantrag der SPD-Fraktion

180/21

Der Verwaltung ging mit Schreiben vom 19.02.2021 ein Beschlussantrag der SPD-Fraktion mit folgender Begründung:

Die seit Jahren zur Diskussion stehende Investitionsmaßnahme wurde mit dem Haushalt 2020 durch den Stadtrat am 23.06.2020 beschlossen. Bis heute wurde mit der Baumaßnahme nicht begonnen.

zu.

Der Antrag befasst sich mit der Finanzierung und Durchführung der Baumaßnahme Oststraße und liegt dem Beschluss als Anlage bei.

Herr Zimmermann – Durch die SPD-Fraktion wurde zu Beginn der Sitzung ein Änderungsantrag zum Beschlussantrag eingereicht. In einem telefonischen Gespräch am 04.03.2021 wurde durch den Bürgermeister mitgeteilt, dass die Oststraße aus Kostengründen nicht grundhaft ausgebaut werden kann. Es würden Mittel für die Sanierung des Straßenoberbaus und der Fußwege vorhanden sein, so dass er diese Variante bevorzugt. Aus diesen Gründen sollte im Pkt. 1 des Beschlusses „grundhafter Ausbau“ durch „Sanierung“ ersetzt werden.

Herr Epperlein – Die Baumaßnahme Oststraße Schneidlingen ist im Haushaltsplan 2020 Fortschreibung 2021 enthalten. Auch Herr Beyer hatte mitgeteilt, dass die Straße beim WAZV „Bode-Wipper“ für 2021/22 in Planung ist.

Gestern fand ein Vor-Ort-Termin mit einem Asphaltunternehmen statt. Es gibt 2 Zonen in der Oststraße (vorderer Bereich Kopfsteinpflaster) und (hinterer Bereich Betonbelag).

Im Bereich des Kopfsteinpflasters wird ein Asphaltauftrag nicht möglich sein, weil dort unterschiedliche Höhen eine Rolle spielen und auch die Lage der Pflastersteine nicht mehr in Ordnung ist. Die Situation im Bereich der Betonplatten ist eine andere. Dort befindet sich nach Aussage eines Anwohners in 65 cm Tiefe verdichteter Kies. Damit wäre eine Frostschutzschicht vorhanden und eine Asphaltenschicht könnte aufgetragen werden.

Seitens der Baufirma kam der Hinweis, dass jeder ausführende Betrieb eine Gewährleistung für einen solchen Asphaltauftrag nicht übernehmen wird, da sich das Fugenbild nach kurzer Zeit im Asphalt widerspiegelt. Trotz allem wird die Qualität der Oberfläche besser sein, als die jetzige.

Eine Gewährleistung für die Qualität des Asphalt es geben, aber nicht für die Dauerhaftigkeit, da die Firma den Unterbau nicht selber herstellt.

Des Weiteren sind Anpassungsarbeiten an der Bordanlage erforderlich, um die Höhenverhältnisse zu wahren. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Straßenoberflächenwasser in die Grundstücke läuft.

Die Baumaßnahme ist im Haushaltsplanentwurf enthalten (Planung 2021 und Ausführung in 2022).

Im Anschluss der Diskussion stellt **Frau Muschalle-Höllbach** den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Ja: 14 Nein: 0 Enth.: 2

Damit wird der Beschlusstext im Pkt. 1 entsprechend Änderungsantrag modifiziert.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Hecklingen beschließt

1. Die Sanierung der Oststraße (Straßenoberbau und Gehwege) im Ortsteil Schneidlingen.
2. Die erforderlichen finanziellen Mittel von 387.000 EUR wurden im Haushalt 2020 eingestellt und sind in das Haushaltsjahr 2021 zu übertragen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungsleistungen der Oststraße bis zum 30.04.2021 auszuschreiben und umgehend einen Vergabebeschluss einzubringen.
4. Weiterhin ist der Stadtrat über die vorgesehene Zeitschiene zur Umsetzung der Baumaßnahme zeitnah zu informieren.

einstimmig beschlossen Ja 16 Nein 0 Enthalten 0 ausgeschlossen 0

TOP 11.: Aufhebung des Beschlusses Nr. 045/14-SR- vom 04.11.2014 - Antrag der WGH vom 08.07.2014 zur Entscheidung des Stadtrates in Rechtsmittelangelegenheiten

174/21

Aufgrund des Antrages der WGH vom 08.07.2014 beschloss der Stadtrat der Stadt Hecklingen in seiner Sitzung am 04.11.2014 mit Beschluss-Nr. 045/14-SR, dass der Bürgermeister verpflichtet wird, bezüglich die Stadt Hecklingen betreffende belastende Verwaltungsakte eine Entscheidung durch den Stadtrat zur Durchführung von Rechtsmittelbehelfsverfahren innerhalb der gesetzlichen Frist einzuholen.

Bereits im Haupt- und Finanzausschuss am 16.06.2020 wurde nachgefragt, ob es überhaupt notwendig ist, dass bei Einlegung von Rechtsmitteln in jedem Fall der Stadtrat eine Entscheidung treffen muss. Gerade bei Umlagebescheiden ist es so, dass die Stadt zur Zahlung von Umlagen verpflichtet ist. Deshalb wurde bisher immer auf die Einlegung von Rechtsmitteln verzichtet.

Da oft die Widerspruchsfrist zwischen Erhalt der Schreiben und der nächsten Stadtratssitzung nicht eingehalten werden kann, muss vorsorglich Widerspruch eingelegt werden, der dann nach Beschlussfassung wieder zurückgezogen werden muss.

Die vorsorgliche Einlegung und Rücknahme der Widersprüche sind mit zusätzlicher Arbeit verbunden, ebenso wie das Schreiben der erforderlichen Beschlussvorlagen.

Aus diesen Gründen schlägt die Verwaltung vor, den Beschluss Nr. 045/14-SR- vom 04.11.2014 aufzuheben.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Hecklingen beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. 045/14-SR- vom 04.11.2014 zum Antrag der WGH vom 08.07.2014 zur Entscheidung des Stadtrates in Rechtsmittelbehelfsangelegenheiten.

einstimmig beschlossen Ja 16 Nein 0 Enthalten 0 ausgeschlossen 0

TOP 12.: Entscheidung des Stadtrates zu Rechtsmittelangelegenheiten

181/21

Mit Beschluss Nr. 174/21 des Stadtrates vom 16.03.2021 wurde der Beschluss Nr. 045/14-SR- des Stadtrates vom 04.11.2014 aufgehoben.

Anlass dafür war der enorme Zeitaufwand für die Einlegung von Rechtsmitteln sowie die Entscheidungen des Stadtrates z. B. bezogen auf die Gewässerumlagen oder STEA-Umlagen. Darüber hinaus ist dafür eine Entscheidung des Stadtrates gesetzlich nicht vorgesehen.

Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, den Beschluss zur Entscheidung des Stadtrates über die Einlegung von Rechtsmitteln nur noch zu folgenden Punkten zu fassen:

- Bescheide über die Zahlung der Kreisumlage

- Bescheide über Liquiditätshilfen als Abschlagszahlungen auf eine Zuweisung aus dem Ausgleichsstock
- Bescheide über Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock
- Beanstandungsverfügungen der Kommunalaufsicht zu Haushaltssatzungen und Haushaltskonsolidierungskonzepten
- Ersatzvornahmen der Kommunalaufsicht.

Um hier die Fristen zur Einlegung von Rechtsmitteln einhalten zu können, wird auf die Vorberatung in den Ausschüssen verzichtet.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Hecklingen beschließt:

Der Bürgermeister wird verpflichtet, für bezüglich die Stadt Hecklingen betreffende Verwaltungsakte:

- Bescheide über die Zahlung der Kreisumlage
- Bescheide über Liquiditätshilfen als Abschlagszahlungen auf eine Zuweisung aus dem Ausgleichsstock
- Bescheide über Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock
- Beanstandungsverfügungen der Kommunalaufsicht zu Haushaltssatzungen und Haushaltskonsolidierungskonzepten
- Ersatzvornahmen der Kommunalaufsicht

eine Entscheidung vom Stadtrat Hecklingen über die mögliche Durchführung von Rechtsmittelverfahren innerhalb der gesetzlichen Fristen mittels Stadtratsbeschluss einzuholen.

einstimmig beschlossen Ja 16 Nein 0 Enthalten 0 ausgeschlossen 0

TOP 13.: Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder

1.

Herr Dr. Stöcker – Im Kreistag wurde durch die SPD-Fraktion ein Antrag über die Ausweitung der außerschulischen Lernförderung eingebracht. Grund dieses Antrages ist die Pandemiesituation und die damit verbundene Entwicklung eines starken Ungleichgewichts bei den Schülern. Dazu gab es viele Diskussionen. Dennoch hat Herr Holtz vom Jobcenter die Umsetzung veranlasst und die Lehrer bzw. die Schulen darüber informiert.

Dies führte nun dazu, dass mehrere Anfragen der Lehrerschaft in Bezug auf die Betroffenen/Anspruchsberechtigten gestellt wurden. Hilfreich wäre die Unterstützung der Stadt in Form von Informationsblättern für die Eltern. Es handelt sich um eine Nachhilfe finanziert aus Bundes- und Teilhabemitteln, für die nicht jeder anspruchsberechtigt ist.

Herr Epperlein teilt mit, dass diese Daten nicht vorliegen und der Kreis dafür zuständig ist. Die Verwaltung könnte lediglich Rücksprache mit dem Salzlandkreis halten und darum bitten, die Eltern im Rahmen seiner Möglichkeiten zu informieren und Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen.

Frau Schlichting ist der Meinung, dass solche Informationen über die Schulen laufen müssten. Die Lehrer wissen am ehesten, welche Kinder es betreffen würde.

2.

Herr Zimmermann – Mittlerweile gehen die Kinder wieder zur Schule, müssen aber aufgrund der noch hohen Inzidenzen weiterhin Masken tragen.

Besteht die Möglichkeit, dass durch die Stadt für die Schulen Schnelltests zur Verfügung gestellt werden? Dadurch bestände die Möglichkeit, dass bei negativem Ergebnis die Schüler ohne Maske am Unterricht teilnehmen können.

Herr Epperlein teilt mit, dass auch das nicht in die Zuständigkeit der Stadt fällt. Nach jetzigem Kenntnisstand sollen die Schüler mehrmals die Woche getestet werden. Die entsprechenden Schnelltests werden durch das Land zur Verfügung gestellt.

Frau Schlichting merkt an, dass es keine Entscheidung der Stadt sein kann. Für die Durchführung der Schnelltests ist die Zustimmung der Eltern erforderlich.

3.

Frau Hoffmann spricht die Kinder- und Jugendarbeit während der Corona-Zeit an. Nicht nur Kinder auch Eltern sind von der schweren Lage betroffen. Deshalb wurden durch Frau Schlichting „Langeweile-Kisten“ mit Ideen zum Basteln und Malen den Kindern seit Monaten in allen Ortsteilen zugänglich gemacht. Ende Januar sind die Stadträte gebeten worden, sich an der Aktion durch Spenden zu beteiligen. Von den Stadträten kam eine Spende von 685,90 € zusammen. Leider haben sich von 21 Stadträten nur 6 an der Aktion beteiligt.

Frau Schlichting merkt an, dass sich nach Rücksprache auch einige Stadträte in anderer Form engagieren, z. B. in Vereinen.

19.00 Uhr – 19.10 Uhr – kurze Pause

4.

Herr Weißbart – Zur letzten Kreistagssitzung wurde den Mitgliedern eine Zusammenstellung aller Kreisumlagezahlungen der Jahre 2016 – 2021 übergeben.

Betreffend anhängiger Klageverfahren ist seit 2017 auch Hecklingen immer vertreten.

Könnte sich die Stadt Hecklingen demnächst über gewonnene Klagen freuen und ist mit einem Geldsegen zu rechnen?

Herr Epperlein teilt mit, dass noch kein endgültiges Urteil vorliegt, da das Verfahren noch in der Schwebe ist. Es ist davon auszugehen, dass die Kommunen ihre Klagen gewinnen werden. Dennoch sind immer noch Rückzahlungen aus der LQ-Hilfe (ca. 11 – 13 Mio. €) offen, wofür dieses Geld dann eingesetzt werden muss.

Herr Dr. Stöcker – Hierzu gab es einen Vorschlag der Fraktion Die LINKE, in dem man sich zu solchen Sachverhalten auf Musterklagen einigt. Dadurch müssten nicht jedes Mal teure Anwälte beauftragt werden.

Herr Epperlein – In Bürgermeisterrunden wurde dieses Thema angesprochen. Die Bereitschaft, solche Klagen gemeinsam zu führen, ist sehr gering. Vor Gericht kämpft eben jeder für sich allein.

5.

Herr Zimmermann – Zum Thema Rathaus Cochstedt wurde allen Ratsmitgliedern eine E-Mail zugeleitet. Hierüber sollte erneut ausführlich diskutiert werden.

Im Stadtrat am 04.02.2021 wurde durch Herrn Epperlein mitgeteilt, dass der geplante Umzug von Mitarbeitern in das Rathaus Cochstedt nicht stattfinden wird, da sich eine andere Lösung im Gebäude des Stadtbetriebes „St. Georg“ ergeben hat.

Die Aussage, dass die Herrichtung dieser Räume weitaus kostengünstiger als in Cochstedt sein soll, hält Herr Zimmermann für nicht korrekt. Anhand einiger Unterlagen einschl. Fotos möchte er den Ratsmitgliedern aufzeigen, in welchem guten Zustand sich das Rathaus in Cochstedt befindet. Auch die leerstehende ehemalige Arztpraxis, in der die Mitarbeiter untergebracht werden sollten, ist saniert und barrierefrei betretbar. Von daher würden kaum Renovierungskosten anfallen. Die Miete für die Räume vom Stadtbetrieb könnte eingespart werden, da es sich bei dem Rathaus Cochstedt um ein stadt eigenes Objekt handelt.

Anschließend zeigt Herr Zimmermann auf, inwieweit das Gebäude momentan genutzt wird und wie es zukünftig genutzt werden könnte. So wäre z. B. die Integration eines Stadtarchivs möglich und die anliegende Scheune könnte als Einstellhalle für Fahrzeuge der Feuerwehr genutzt werden. Auch Räume für die Gemeindearbeiter wären vorhanden.

Frau Muschalle-Höllbach übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Weißbart

Frau Muschalle-Höllbach erinnert daran, dass sich der Stadtrat zum Verkauf des Gebäudes positioniert hat. Auf Grund der regen Diskussion schlägt sie vor, das Thema außerhalb einer Stadtratssitzung zu diskutieren, da heute kein Ergebnis erzielt werden kann. Wichtig ist, ein tragfähiges Konzept einschl. aller Kosten zu erarbeiten.

Aus dem vorgelegten Konzept von Herrn Zimmermann ist ersichtlich, dass sich diverse Vereine in den Räumen des Cochstedter Rathauses aufhalten, wodurch auch Betriebskosten anfallen.

Fest steht, dass Cochstedt mit dem Rathaus sehr gut aufgestellt ist, da in den restlichen Ortsteilen nicht nur die Ortsbürgermeister auch Vereine usw. in anderen Gebäuden ihre Büros vorhalten.

Bevor die Räume der ehemaligen Arztpraxis an die Stadt für eine Außenstelle vergeben werden, sollte man alles daransetzen, in Cochstedt wieder einen Arzt zu etablieren.

Im Übrigen sollte eine Verwaltung zusammengehalten werden. Die Ausgliederung von 3 Mitarbeitern in das Gebäude des Stadtbetriebes „St. Georg“ ist eine gute Lösung, da auf Grund der Nähe zum Verwaltungshauptsitz geringere Kosten entstehen, als bei der Ausgliederung eines gesamten Amtes nach Cochstedt.

Herr Weißbart übergibt die Sitzungsleitung wieder an Frau Muschalle-Höllbach

Herr Zimmermann – Sicher ist der Verkauf des Rathauses Cochstedt schon seit längerem im Gespräch, dennoch war ihm die angrenzende Arztpraxis so nicht bekannt. Bei ihr handelt es sich um Räumlichkeiten, die für Büroräume gut geeignet wären. Sie befinden sich in einem guten Zustand, so dass kaum Kosten für evtl. Sanierungen anfallen. Zudem könnte in der oberen Etage das Archiv untergebracht werden; ein zentrales Stadtarchiv fehlt bisher. Für die Gemeindearbeiter bestände eine zentrale Unterbringung in dem Objekt.

Herr Epperlein – Ein komplettes Fachamt kann auf Grund des Platzmangels nicht nach Cochstedt und die Teilung eines Amtes ist auf diese Entfernung unvorteilhaft. Weiterhin kann die Scheune als Einstellhalle für die Feuerwehr auf Grund fehlender technischer Parameter nicht genutzt werden.

An dem Konzept „Verkauf des Rathauses“ sollte festgehalten werden. Der Vorschlag von Frau Muschalle-Höllbach, eine Ausschreibung vorzunehmen, ist eine gute Idee.

Frau Schlichting – Die Unterbringung der FFW-Fahrzeuge in der Scheune ist auf Grund des Brandschutzes und der Höhe der Tore nicht möglich. Man sollte sich bemühen, in dem Gebäude wieder eine Arztpraxis unterzubringen. Was mit dem Rathaus selbst geschehen soll, muss gesondert diskutiert werden.

Herr Zimmermann kann die Haltung des Bürgermeisters nicht akzeptieren. Es sollte noch einmal intensiv geprüft werden, ob die Ausgliederung eines Amtes nach Cochstedt möglich ist und ob weitere Räume auf dem Gelände für Archiv, Feuerwehr oder Gemeindearbeiter nutzbar wären.

*Auf Grund der regen Diskussion, die heute zu keinem Ergebnis führen wird, stellt **Herr Weißbart** den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Debatte.*

Dem Geschäftsordnungsantrag wird zugestimmt.

Frau Muschalle-Höllbach beendet daraufhin die Diskussion und bittet Herrn Zimmermann, sich zu diesem Thema noch einmal mit dem Bürgermeister in Verbindung zu setzen, um den gemeinsamen Verfahrensweg abzustimmen.

Ende des öffentlichen Teils: 19.40 Uhr